

Wir, Bürger und Repräsentanten aus 1000 Städten, Vertreter von Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft aus über 100 Ländern der Welt, kamen vom 4. bis 6. Juli 2000 in Berlin zur Weltkonferenz zur Zukunft der Städte URBAN 21 zusammen. Wir übergeben diese Erklärung der Öffentlichkeit und betrachten sie gleichzeitig als Beitrag zur Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Istanbul+5).

Wir gehen von folgender Wirklichkeit aus:

- Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wird die Mehrheit der sechs Milliarden Menschen dieser Welt in Städten leben.
- Die Welt erlebt ein explosives Wachstum der städtischen Bevölkerung und das vor allem in den Entwicklungsländern.
- Die Armut in den Städten, von der vor allem Frauen und Kinder betroffen sind, nimmt ständig zu. Jeder vierte Stadtbewohner der Welt lebt unterhalb der Armutsgrenze.
- In vielen Ländern verschlechtern sich die sozialen Bedingungen weiter. Gesundheit und Wohlergehen von Bewohnern der Städte werden durch die HIV-Epidemie und erneut auftretende schwere Infektionskrankheiten bedroht.
- Wir leben in einer von großer Vielfalt geprägten Welt, in der es keine einfachen Antworten und keine allgemeingültigen Lösungen für die Probleme und Herausforderungen gibt, mit denen unsere Städte konfrontiert sind.
- Viele Städte, die von Hyperwachstum betroffen sind, sehen sich nicht in der Lage, die Herausforderungen zu bewältigen - Arbeitsplätze zu schaffen, ausreichenden Wohnraum bereitzustellen und die Grundbedürfnisse ihrer Bürger zu befriedigen.
- Einige besonders dynamische Städte haben eine Entwicklung vollzogen, die Gerechtigkeit sichert, die Armut wesentlich verringert, das Analphabetentum überwindet, den Bildungsstand der Frauen verbessert und deren Rolle in der Gesellschaft stärkt sowie die Geburtenraten senkt.
- Andere Städte sind mit einer überalterten Bevölkerung, verfallender Bausubstanz und nicht nachhaltiger Nutzung ihrer Ressourcen konfrontiert. Sie müssen sich der Entwicklung anpassen und einen Umschwung erreichen.
- Keine Stadt der Welt ist frei von Problemen; insbesondere keine Stadt entspricht schon wirklich den Nachhaltigkeitskriterien.

Folgende Entwicklungstendenzen haben wir in vollem Bewußtsein ihrer positiven und negativen Konsequenzen berücksichtigt:

- Die Globalisierung und die Revolution der Informationstechnologie werden zunehmend eine Welt ohne Grenzen entstehen lassen, in der die Städte eine neue Rolle übernehmen werden.
- Wissen wird zunehmend zur Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft.
- Die Welt wird nicht nur eine Gemeinschaft von Nationalstaaten, sondern gleichzeitig eine Galaxie miteinander verbundener Städte sein.
- Macht und Zuständigkeiten werden gleichmäßiger zwischen Regierungen, Regionen und Städten aufgeteilt.
- Die Verwaltung der Städte wird zunehmend demokratischer.
- Die Rechte der Frauen sowie die Anteilbarkeit der Menschenrechte finden immer mehr Beachtung und Bürgerbeteiligung sowie verantwortliches Handeln gegenüber der Umwelt werden als notwendig erkannt.
- Zwischen der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft entstehen neue Partnerschaften.

Wir bekräftigen folgende Prinzipien:

- Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung
- Das Prinzip der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung der Geschlechter
- Das Prinzip kultureller und religiöser Toleranz
- Das Prinzip einer verantwortungsbewußten Verwaltung der Kommunen
- Das Prinzip der Subsidiarität
- Das Prinzip der gegenseitigen Abhängigkeit
- Das Prinzip der menschlichen Solidarität

Wir sind auch davon überzeugt, dass allen Menschen, unabhängig von Rasse, Religion und Geschlecht und bei Unterschieden in Umfang und Priorität, bestimmte Wünsche und Erwartungen gemeinsam sind, die die Städte erfüllen sollten:

- Freiheit von Armut,
- Erfüllung in der Arbeit bei angemessenem Lohn,
- Ein Leben in Einklang mit der Natur,
- Zugang zu reiner Luft, sauberem Wasser und einer angemessenen sanitären Ausstattung,
- Angemessener Wohnraum und Mieterschutz,
- Angemessene Entfernungen und Verkehrsverbindungen von der Wohnung zu den Arbeitsstätten, zu den Einkaufsmöglichkeiten, zu den Schulen und anderen Orten,
- Ein Leben in stabilen Gemeinschaften von Freunden und Nachbarn,
- Der Genuss der politischen Bürgerrechte, einschließlich des Rechts der Teilnahme an politischen Entscheidungen und des Rechts auf Zugang zu Informationen und Rechtsschutz.
- Persönliche Sicherheit und Schutz des Eigentums

Wir empfehlen daher folgende Maßnahmen als äußerst dringlich:

- Die Städte und andere Gebietskörperschaften sollten, unter Einbeziehung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Entwicklungsaspekte, eine effektive Politik der Stadtentwicklung und entsprechende Planungsprozesse verfolgen. Dabei sind auch die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Städten und Regionen, sowie zwischen städtischen, ländlichen und Naturgebieten zu berücksichtigen.
- Die Städte sollten darum kämpfen, die Armut zu verringern und die Grundbedürfnisse ihrer Bürger zu erfüllen, indem sie die wirtschaftliche Entfaltung fördern und gemeinschaftlichen Aktivitäten Raum geben.



- Die Städte sollten eine Sozialpolitik verfolgen und Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind Gewalt und Verbrechen zu verringern.
- Die Städte sollten die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und allen Bürgern die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens eröffnen, um sich zu lernenden Städten zu entwickeln und globale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.
- Die Städte sollten den Einsatz umweltfreundlicher Technologien und Materialien fördern. Das schließt die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und einen höheren Wirkungsgrad bei der Nutzung natürlicher Ressourcen ein.
- Die Städte sollten die lokale Wirtschaftsentwicklung fördern, dabei die Rolle der informellen Wirtschaft anerkennen und diese in die formelle Wirtschaft integrieren.
- Die Städte sollten in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen, Anreize, Regelungen und Richtwerte schaffen, um die private Wirtschaft anzuregen, global zu denken und lokal zu handeln sowie hierbei die Armen ohne Diskriminierung einzubeziehen.
- Die Städte sollten erwägen, wo immer möglich, informelle Siedlungen anzuerkennen und sie in die bestehende Stadtstruktur und in das soziale Leben zu integrieren.
- Die Städte sollten ihr historisches Erbe bewahren und sich bemühen, Orte der Schönheit zu werden, wo Kunst, Kultur, Architektur und Landschaft den Bürgern Freude und Inspiration bringen.
- Die Städte sollten eine geeignete Flächennutzungsplanung durchführen und Maßnahmen verfolgen, die zum Ziel haben, eine vitale Wirtschaft, funktionierende Bodenmärkte, bezahlbare Wohnungen und eine zweckentsprechende Infrastruktur zu fördern.
- Die Städte sollten die Entwicklung eines geeigneten, integrierten öffentlichen Nahverkehrssystems fördern, das schnell, sicher, leicht zugänglich und erschwinglich ist; ferner sollten sie die Nutzung privater Kraftfahrzeuge stärker beeinflussen und die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel unterstützen.
- Die Städte sollten versuchen, ein Gleichgewicht zwischen der natürlichen Umwelt und der gebauten Umwelt herbeizuführen, und Maßnahmen ergreifen, um die Verschmutzung von Wasser, Luft, Boden sowie Lärmbelastungen zu verringern, um dadurch die Lebensqualität der Bürger zu erhöhen.
- Die Städte sollten sich ohne Diskriminierung und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Demokratie und eines verantwortungsbewussten Stadtmanagements selbst verwalten und ihre Beziehungen zu all ihren Bürgern entsprechend gestalten, unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Frauen, Jugendlichen und Minderheiten.
- Die Städte sollten Foren einrichten sowie bilaterale und multilaterale Partnerschaften aufbauen, um Aktivitäten zu vernetzen, sich gegenseitig zu unterstützen und Best Practices schneller zu verbreiten.
- Nichtstaatliche Organisationen und Bürgerinitiativen sollten in die Lage versetzt werden, umfassend an einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung teilzuhaben.
- Die Privatwirtschaft sollte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene Finanzierungsinstrumente und Investitionen so wirksam einsetzen, dass dadurch eine nachhaltige Stadtentwicklung gefördert wird.
- Die nationalen Regierungen sollten der Stadtentwicklungspolitik im Rahmen ihrer nationalen und regionalen Politik hohe Priorität einräumen.
- Nationale und regionale Regierungen sollten sichern, dass die Städte genügend Kompetenzen und Ressourcen haben, um ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung gerecht werden zu können.
- Die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und das Zentrum der Vereinten Nationen für menschliches Siedlungswesen, andere internationale Organisationen und bilaterale Förderer sollten ihre Zusammenarbeit mit den Städten, den Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Stadtentwicklung und der Armutsbekämpfung intensivieren.

Wir schließen die Erklärung mit einem optimistischen Ausblick:

Wir treten ein in das Jahrtausend der Städte. Die Städte, seit jeher Motoren des wirtschaftlichen Wachstums und Keimzellen der Zivilisation, stehen heute vor riesigen Herausforderungen. Millionen von Männern, Frauen und Kindern müssen einen täglichen Kampf ums Überleben führen. Können wir das verändern? Können wir unseren Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben? Wir glauben, wenn wir alle positiven Kräfte anspannen – die der Bildung und der nachhaltigen Entwicklung, der Globalisierung und der Informationstechnologie, der Demokratie und einer verantwortungsbewussten Stadtverwaltung, der Befähigung der Frauen und der Zivilgesellschaft –, dass wir dann wirklich Städte bauen werden, die den Ansprüchen der Schönheit, der Ökologie, der Wirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit genügen.